

erhöht werden kann. Diese positiven Erfolge sind von den Hauptverwaltungen und den Ministerien auf die übrigen Betriebe zu übertragen und die ökonomischen Konferenzen und Rentabilitätsberatungen zu einer kontinuierlichen, qualifizierteren und in allen Industriezweigen systematisch angewandten Methode in unseren sozialistischen Betrieben zu machen.

Die auf dem 21. Plenum vorgeschlagenen und Anfang dieses Jahres eingeführten weiteren Methoden zur Verstärkung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wie Finanzierung der Investitionen und Umlaufmittel aus eigenen Gewinnen, das Abhängigmachen der Höhe des Direktorfonds und der Prämienfonds von der Rentabilität der Betriebe, sind aber bisher lediglich als administrative Maßnahmen wirksam geworden, weil die Staats-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionäre unserer Partei es in den Betrieben unterlassen haben, ausgehend von den Erfahrungen der ökonomischen Konferenzen, diese neuen Maßnahmen den Arbeitern zu erklären und ihnen den Zusammenhang zwischen der Steigerung der Rentabilität und ihren individuellen Prämien und sozialen und kulturellen Leistungen aufzuzeigen.

Die in einigen Wirtschaftszweigen eingeführte differenzierte Produktionsabgabe hat aufgedeckt, in welchen Betrieben für die Herstellung desselben Produktes mehr oder weniger an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit verausgabt wird. Die Hauptverwaltungen dieser Wirtschaftszweige haben es aber unterlassen, daraus Lehren für die Lenkung der Produktion, Verlagerung der Produktion der einzelnen Waren auf die unter den günstigsten Bedingungen produzierenden Betriebe, für die Lenkung der Investitionen, das heißt die Verbesserung der technischen Ausrüstung gerade der rückständigsten Betriebe, zu ziehen.

Nachdem sich die Einführung der differenzierten Produktionsabgabe in einigen Wirtschaftszweigen bewährt hat, muß diese Reform bis zum 31. Dezember 1955 beendet und als eines der wichtigsten Instrumente für die Verbesserung der Arbeit der Betriebe benutzt werden.

Trotz der auf den letzten Plenartagungen geführten Auseinandersetzungen gegen die Tendenz, die Rentabilität der Betriebe durch Preiserhöhungen zu erreichen, ist der Widerstand gegen die Einführung von Festpreisen pro Produkt in den Wirtschaftsministerien und ihren Hauptverwaltungen nicht überwunden. Durch die Preispolitik zahlreicher Industriebetriebe wird die wirtschaftliche Rechnungsführung auf das Größte verletzt. Der Regierungsbeschluß vom Februar 1953 über „Grundsätze der Preispolitik“ muß streng eingehalten werden. Es sind für jedes Produkt Festpreise festzulegen.